

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 38 (1959)
Heft: 9-10

Artikel: Die Bedeutung der Nationalratswahlen 1959
Autor: Grütter, Fritz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337126>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

FRITZ GRÜTTER

Die Bedeutung der Nationalratswahlen 1959

Es gibt Wahlen und Wahlen. Wir meinen den Gegensatz zwischen Wahlen in der Demokratie und Wahlen in der Diktatur.

Auch die Diktatur kann auf Wahlen nicht verzichten. Hier tritt eine einzige Partei auf. Eine einzige Partei nominiert systemtreue Kandidaten. Von Glaubens- und Gewissensfreiheit, von Rede- und Pressefreiheit, vom Recht auf Koalition ist keine Spur zu finden. Das Volk wird zu den Urnen befohlen. Das Resultat der Wahl steht zum voraus fest. Auf die Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik eines diktatorisch regierten Landes übt ein Wahl ausgang keinerlei Einfluß aus. Die Wahl wird zur Farce.

Anders liegen die Verhältnisse in unserer Demokratie. Die Verfassung erklärt die Glaubens- und Gewissensfreiheit als unverletzlich. Sie gewährt uns Rede- und Pressefreiheit. Den Bürgern steht das Recht zu, Vereine und Verbände, also Parteien und Gewerkschaften, zu bilden. Schweizer Bürger besitzen das Stimm- und Wahlrecht. Sie haben ferner das Recht, sich des Mittels der Verfassungsinitiative und des Referendums zu bedienen.

Diese persönlichen Freiheitsrechte und die Volksrechte in unserm Lande gehören zu den hohen, verteidigungswerten Gütern des freien Menschen. Sie sind unabdingbare Grundlagen eines freien Menschengeschlechts und Voraussetzung für eine aktive Teilnahme des einzelnen an der Gestaltung der menschlichen Gesellschaft.

Die Darstellung des Unterschiedes zwischen Wahlen in der Diktatur und Wahlen in unserer Demokratie war notwendig, um deutlich klar werden zu lassen, welche Mittel einem demokratischen Volk in die Hände gegeben sind, um selber sein wirtschaftliches und soziales Leben zu gestalten.

Durch jahrzehntelanges Wirken haben Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften auf dem Boden der Demokratie und mit den Mitteln der Demokratie das Los des arbeitenden Volkes wesentlich verbessert.

Die Verhältnisse in unserm Lande waren einmal anders. Als die Maschine den Siegeslauf antrat und die industrielle Entwicklung weiterer Wirtschaftsräume bedurfte, wurden die engen Kantongrenzen gesprengt, die Herrschaft

der Aristokratie beseitigt und die formalen Grundlagen unserer Demokratie geschaffen.

Als Folge der Industrialisierung des Landes wurde eine neue Klasse, die Arbeiterklasse, geschaffen. Ihr Weg durchs Leben war ein Weg der Mühsal und der Leiden:

Arbeitszeiten von 12, 14 und mehr Stunden waren an der Tagesordnung.

Meistens mußte die Arbeit in unhygienischen Arbeitsstätten verrichtet werden.

Es wurden schäbige Löhne bezahlt.

Die Arbeiterschaft hatte sich mit schlechten Wohnstätten abzufinden.

Ferien gab es keine.

Im Falle von Krankheit gab es infolge Fehlens einer Krankenversicherung zusätzliches Elend.

Im Gefolge von Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit wurde der Arbeiter kurzerhand auf die Straße gestellt.

Im Betrieb galt der Herr-im-Hause-Standpunkt.

Dem Soldaten jener Zeit wurde nichts als ein geringer Sold ausbezahlt. Die Familie des Soldaten war ohne finanzielle Hilfe.

Wenn die Arbeitskraft im Alter den Dienst versagte, so war der Arbeiter auf die Gnade seiner Kinder angewiesen oder er mußte bei einer verständnislosen und knauserigen Armenbehörde um Unterstützung betteln.

So ist es verständlich, wenn aus jenen Jahren von großer Krankheitsanfälligkeit, von frühem Altern und von großer Sterblichkeit in der Arbeiterbevölkerung berichtet wird. Es war kein menschenwürdiges Leben; es war ein dumpfes Dahinbrüten breitestter Volksmassen.

Es hat sich vieles geändert!

Die Arbeitszeiten sind wesentlich gekürzt worden und werden weiterhin verkürzt werden müssen.

Die Löhne konnten nominell und real wesentlich erhöht werden.

Große Schichten der Arbeiter und Angestellten stehen im Genusse bezahlter Ferien.

Die Großzahl der Arbeiter und Angestellten ist in den Krankenkassen gegen die wirtschaftlichen Folgen von Krankheit versichert.

Die Arbeitslosenversicherung gewährt dem arbeitslosen Arbeiter und Angestellten im Falle von Arbeitslosigkeit eine finanzielle Hilfe.

Mit der Erwerbsausfallentschädigung erhalten Soldaten und deren Familien einen willkommenen wirtschaftlichen Schutz.

Seit elf Jahren besteht in unserm Land die AHV, deren Renten für Alte, Witwen und Waisen eine willkommene Hilfe bedeuten.

Dank der sozialdemokratischen Initiative auf Einführung einer eidgenössischen Invalidenversicherung kommen ab 1. Januar 1960 Zehntausende von körperlich und geistig Invaliden in den Genuss der neuen bundesrechtlichen Sozialinstitution.

Die Aufzählung über die Entwicklung von der bloß formalen Demokratie zu einer Demokratie mit sozialem Gehalt ist lange nicht vollständig. Festzuhalten ist jedenfalls, daß sich einiges zum Vorteil der arbeitenden Bevölkerung verändert hat.

Wie ist diese Änderung zustande gekommen?

Die neu geschaffene Klasse der Arbeiterschaft begann sich gegen den Widerstand der Unternehmer zu organisieren. Die Sozialdemokratische Partei wurde geschaffen, Gewerkschaften wurden gegründet. Es wurde den Arbeitern klargemacht, daß die eines Menschen unwürdige Lage, in der sich breite Volksschichten befanden, geändert werden kann. Das Mittel zu dieser Änderung lag in ihren eigenen Händen. Die Demokratie mit der Garantierung des Koalitionsrechts und mit der Gewährung des Stimm- und Wahlrechts lieferte die Instrumente. Der einzelne war den herrschenden Zuständen gegenüber machtlos. Nur die zusammengefaßte Kraft in Organisationen konnte Abhilfe und Besserung schaffen. Hinter der Zahl der Organisierten stand die tragende Idee, für mehr Gerechtigkeit zu kämpfen. Der Aufstieg der arbeitenden Bevölkerung hat sich nicht von selbst eingestellt. Er ist das Resultat eines fortwährenden, beharrlichen Kampfes. Auf dem Boden der Demokratie und mit den Mitteln der Demokratie ist diese Demokratie nach der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Seite hin ausgebaut worden.

Der Ausbau der Demokratie muß weiterhin in der Richtung der wirtschaftlichen und sozialen Demokratie erfolgen.

Richtung, Ausmaß und Tempo dieses Ausbaues werden bestimmt durch das Maß der bewußten Einflußnahme. Die Sozialdemokratische Partei hat für die nächsten Jahre ein Aktionsprogramm beschlossen. So wie sie seit ihrem Bestehen Initiantin und Trägerin der Forderungen auf Verbesserung des Loses der arbeitenden Schichten war, so wird sie es auch in Zukunft sein. Ursprünglich und aus historischen Gründen war die Sozialdemokratische Partei zur Hauptsache eine Arbeiterpartei. Sie hat diesen Rahmen längst gesprengt und ist zur sozialdemokratischen Volkspartei geworden. Ihre Politik dient sowohl den Arbeitern als auch den Angestellten, Technikern, Beamten und unselbständigerwerbenden Intellektuellen.

Alle diese Kreise sind in gleichem Maße interessiert an einer weitern Reduktion der Arbeitszeit, an höheren Löhnen, an einer weiteren Erhöhung der AHV-Renten.

Sie sind in gleicher Weise interessiert an einer fortschrittlichen und aufgeschlossenen Revision des Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes mit Einschluß der Mutterschaftsversicherung.

Arbeiter, Angestellte, Beamte und Techniker wollen mit uns die Vollbeschäftigung in der Wirtschaft mit möglichst stabilen Preisen. Sie treten mit der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften für einen erhöhten Anteil der Arbeit am Sozialprodukt ein.

Sie sind angesichts der beängstigenden Wohnungsnot und zur Verhinderung einer massiven Teuerung für die Weiterführung einer beschränkten Preiskontrolle und für die Förderung des Baues von preiswerten Wohnungen.

Sie sind mit den Sozialdemokraten für eine Finanz- und Steuerpolitik, welche die Lasten nach Maßgabe der wirtschaftlichen Kraft der einzelnen Volksschichten verteilt.

Mit der Sozialdemokratischen Partei stellen sie die Sorge um das leibliche und geistige Wohlergehen des Menschen in den Mittelpunkt der Politik.

Der Weg zum Ziel

Die Demokratie ist unser Fechtboden. Die Auseinandersetzung erfolgt mit geistigen Waffen. In der Demokratie ist der Bürger zur Mitbestimmung und Mitgestaltung des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens aufgerufen. Eine hervorragende Gelegenheit, den Gang der Politik zu bestimmen, sind die Nationalratswahlen. Die Unselbständigerwerbenden haben an Zahl in den letzten Jahrzehnten gewaltig zugenommen. Die Zahl der Selbständigerwerbenden – Industrielle, Bankiers, Handelsleute, Gewerbetreibende und Landwirte – nimmt ständig ab. Die Arbeitnehmer aus den verschiedensten Berufen bilden im Schweizervolk unbestreitbar die Mehrheit. Sie müssen mit der Sozialdemokratie in ihrem eigenen materiellen und ideellen Interesse an politischem Einfluß gewinnen. Das Stimm- und Wahlrecht ist das Mittel dazu. Es ist das Recht des Unternehmers, mit dem Stimmzettel seine Interessen wahrzunehmen. Es ist aber ebenso das Recht, mehr noch die Pflicht des Arbeitnehmers, mit dem Stimmzettel seine eigenen Interessen zu verteidigen. Der Stimmzettel des Arbeiters und Angestellten wiegt an der Urne genau gleich viel wie derjenige des Unternehmers. In dieser Beziehung herrscht völlige Gleichberechtigung. Es ist unsere Aufgabe als Sozialdemokratische Partei, dem breiten Volke klarzumachen, welche Mittel ihm zur Gestaltung der Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik mit dem Stimmrecht in die Hände gegeben sind. Das Resultat der Nationalratswahlen wird für vier Jahre bestimmend für den Kurs der schweizerischen Politik sein. Es gilt, die Gelegenheit zu nutzen. So wie man sichbettet, so liegt man.

Das möge das Volk bei den Nationalratswahlen bedenken!